

# Land genehmigt erste Oberschulen

## Einzelne Landkreise drohen mit Klagen

**HANNOVER** ▪ Die ersten Oberschulen in Niedersachsen sind genehmigt und starten ihre Arbeit im neuen Schuljahr nach den Sommerferien. Allerdings gibt es nach wie vor harsche Kritik von der Opposition. Zudem drohen Klagen von Landkreisen, die sich gegen die Ungleichbehandlung bei der Neugründung von Gesamt- und Oberschulen wehren wollen.

Für die Einrichtung einer Oberschule liegen bisher 68 Anträge vor, die meisten kommen aus den Landkreisen Hildesheim, Stade, Cuxhaven und Diepholz. Kultusminister Althusmann erteilte gestern die ersten zehn Genehmigungen. Bis zum Auslaufen der Frist Ende Mai rechnet er mit noch mehr Interesse. Der Minister sprach von einer „herorragenden Resonanz“.

Haupt- und Realschulen können künftig zu einer Oberschule zusammengefasst werden, bis zur zehnten Klasse ist auch ein Gymnasialzweig erlaubt.

Die ersten zehn Oberschulen werden in Dannenberg und Lüchow im Wendland, Hessisch Oldendorf (Kreis Hameln-Pyrmont), den Orten Kirchdorf, Lemförde, Rehden und Schwaförden im Kreis Diepholz, Selsingen (Kreis Rotenburg), Thedinghausen (Kreis Verden) und Wendeburg (Kreis Peine) starten.

Die Landtagsopposition kritisierte, die Regierung wolle Gesamtschulen mit zu hohen Hürden für Neugründungen ausbremsen. Grünen-Schulexpertin Ina Korter teilte mit, sie unterstütze den Beschluss des Landkreises Oldenburg, gegen die Ungleichbehandlung von Gesamt- und Oberschulen zu klagen. „Die Landesregierung erhält damit die Quittung dafür, dass sie versucht, den Landkreisen Schulformen aufzuzwingen, die vor Ort nicht gewollt sind.“ Auch die Kreise Schaumburg und Northheim wollten sich gegen die Ablehnung von neuen Gesamtschulen wehren. ▪ dpa